

Liebe Friedensinteressierte,

nachfolgend einige Informationen zu den Kriegen in der Ukraine und in Westasien, zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland sowie Möglichkeiten der Beteiligung an Friedensaktionen:

- 1. RND: „Unterstützen alle Bemühungen“: China zeigt Vermittlungsbereitschaft im Ukraine-Krieg**
- 2. Brics-Treffen in Russland: China ruft zum Widerstand gegen einen „neuen Kalten Krieg“ auf**
- 3. Foreign Affairs / Infosperber: M.E. Sarotte: Geteilte Ukraine «vorerst» anerkennen gegen Nato-Mitgliedschaft**
- 4. Bundestag: Antwort der Bundesregierung - Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines**
- 5. Spiegel international: Investigating the Nord Stream Attack**
- 6. IPG: : Die EU regt sich über Orbáns Friedensmission auf. Dabei verschläft sie, selbst die Initiative zu ergreifen**
- 7. Haaretz: IGH-Urteil zur Besatzung geht über Israels schlimmste Befürchtungen hinaus**
- 8. IPG: Der IGH erklärt die gesamte israelische Besatzung für rechtswidrig.**

**Das Urteil dürfte auch Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik haben.**

- 9. IPG: Alles nur Routine?**

**Die USA stationieren wieder Mittelstreckenraketen in Deutschland – mit weitreichenden Konsequenzen.**

**Es fehlt eine ernsthafte Strategiedebatte.**

- 10. SZ: Heribert Prantl: Verteidigung: Die Friedensbewegung hat die Kraft der protestierenden Hoffnung verloren**

- 11. Change org: Gegen die atomare Bedrohung**

- 12. Friedensdekade: Unterschriftenaktion „Umkehr zum Frieden“**

**13. Pressehütte: Aufruf für Zeitungsanzeigen: Atombombenopfer mahnen: Für ein Europa ohne Atomwaffen!**

**14. Lebenshaus: Aufruf: "Hiroshima und Nagasaki mahnen: Für eine Welt ohne atomare Massenvernichtungsmittel!"**

**15. Friedenskooperative: Alle Infos zum Hiroshima und Nagasaki Gedenktag am 6. und 9. August 2024**

---

**1. RND: „Unterstützen alle Bemühungen“: China zeigt Vermittlungsbereitschaft im Ukraine-Krieg**

<https://www.rnd.de/politik/ukraine-china-bietet-bei-kuleba-besuch-in-peking-vermittlungsbereitschaft-an-VQQID4UA6RMYNBVLHVWPWXS3KE.html>

Treffen der Außenminister

**„Unterstützen alle Bemühungen“:**

**China zeigt Vermittlungsbereitschaft im Ukraine-Krieg**

Ukraines Außenminister Dmytro Kuleba traf in Peking Chinas Außenminister Wang Yi.

Der bot seine Dienste als Vermittler im Krieg mit Russland an. In Kiew sei ein von China und Brasilien vorgeschlagener Friedensplan „sorgfältig studiert“ worden.

24.07.2024, 15:04 Uhr

China hat bei einem Treffen mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba seine Bereitschaft für eine Vermittlerrolle im Krieg mit Russland unterstrichen.

„Auch wenn die Bedingungen und der Zeitpunkt noch nicht reif sind, unterstützen wir alle Bemühungen, die dem Frieden förderlich sind, und sind bereit, eine konstruktive Rolle bei der Beendigung des Konflikts und der Wiederaufnahme der Friedensgespräche zu spielen“, sagte der chinesische Außenminister Wang Yi laut chinesischer Angaben bei einem Treffen mit Kuleba in der südchinesischen Metropole Guangzhou.

China sei der Meinung, dass alle Konflikte letztendlich am Verhandlungstisch gelöst werden müssen, so Wang Yi. In letzter Zeit hätten sowohl die Ukraine als auch Russland in unterschiedlichem Maße signalisiert, dass sie bereit seien, Verhandlungen aufzunehmen.

### **Ukraine: Bereit für Verhandlungen mit Russland**

Kuleba sagte nach chinesischen Angaben, dass die Ukraine bereit sei, Verhandlungen mit Russland aufzunehmen. Sie sollten darauf abzielen, einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen. Kuleba sagte demnach auch, dass die Ukraine einen von China und Brasilien vorgeschlagenen Friedensplan „sorgfältig studiert“ habe.

China ist der wichtigste Verbündete Russlands. Die Volksrepublik unterhält engen wirtschaftlichen und politischen Austausch mit Moskau. Peking wird deshalb viel Einflussmöglichkeit auf das russische Vorgehen in der Ukraine zugeschrieben.

Nach außen stellt sich das Land gerne als neutral dar. Allerdings werfen westliche Staaten China immer wieder vor, mit dem Export wichtiger Technologie und Ausrüstung Moskaus Verteidigungsindustrie und damit den Krieg zu unterstützen.

Bei der zurückliegenden Friedenskonferenz zum Ukraine-Krieg in der Schweiz hatte Peking abgesagt. Die Chinesen schlugen im Mai gemeinsam mit Brasilien einen Plan vor, der unter anderem eine von der Ukraine und Russland anerkannte Friedenskonferenz und die Diskussion aller Pläne vorsieht.

-----

***siehe auch:***

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/ukraine-krieg-china-und-brasilien-fordern-alternative-konferenz-mit-russland-dialog-die-einzige-loesung-li.2218101>

**China und Brasilien fordern Konferenz mit der Ukraine und Russland: „Dialog die einzige Lösung“**

China und Brasilien fordern eine Friedenskonferenz, an der auch Russland teilnimmt.

Dialog und Verhandlungen seien „die einzig gangbare“ Option, heißt es.

Anita Schlünz

24.05.2024 13:50 Uhr

(...)

-----

## **2. Brics-Treffen in Russland: China ruft zum Widerstand gegen einen „neuen Kalten Krieg“ auf**

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/brics-aussenminister-mehr-laender-unterstuetzen-friedensplan-fuer-die-ukraine-li.2223743>

### **Brics-Treffen in Russland:**

#### **China ruft zum Widerstand gegen einen „neuen Kalten Krieg“ auf**

Auf dem Brics-Außenministertreffen im russischen Nischni Nowgorod wirbt China für Frieden in der Ukraine und Handel ohne Sanktionen.

Simon Zeise

11.06.2024 15:35 Uhr Auf dem Treffen der Brics-Außenminister im russischen Nischni Nowgorod haben China und Brasilien ihre Initiative zur Beendigung des Ukraine-Kriegs ausgebaut. Der Konsens beider Staaten zur Beilegung des Konflikts werde von immer mehr Ländern unterstützt, sagte der chinesische Außenminister Wang Yi am Dienstag während des Treffens mit seinem brasilianischen Amtskollegen Mauro Vieira.

Wang rief dazu auf, den Frieden zu fördern und sich gegen einen „neuen Kalten Krieg“ zu stellen. Die Brics müssten „mehr Verantwortung und Engagement“ in der Weltpolitik übernehmen.

#### **China und Brasilien entwerfen Sechs-Punkte-Plan für die Ukraine**

„Kürzlich haben China und Brasilien eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie ihren Sechs-Punkte-Konsens zur politischen Lösung der ukrainischen Fragen vorstellten. Immer mehr Länder verstehen und befürworten diese Erklärung“, sagte Wang.

Er wies darauf hin, dass China und Brasilien wichtige

Entwicklungsländer seien, deren Positionen zu drängenden internationalen Fragen „fair, ausgewogen und konstruktiv“ sein müssten.

Er wies darauf hin, dass Peking bereit sei, die Zusammenarbeit mit Brasilien innerhalb der erweiterten Brics zu fördern. Laut Wang ist es notwendig, die Rolle der Brics immer bedeutender zu machen.

Anfang Mai veröffentlichten China und Brasilien im Anschluss an die Gespräche von Wang mit dem brasilianischen Präsidentenberater für internationale Fragen, Celso Amorim, eine gemeinsame Erklärung. Darin heißt es, dass Dialog und Verhandlungen der einzige Weg zur Beilegung der Ukraine-Krise sind.

China und Brasilien schlugen außerdem vor, eine Friedenskonferenz mit „gleichberechtigter Teilnahme aller Seiten und Diskussion aller Friedenspläne“ abzuhalten.

### **Chinas Außenminister gegen Sanktionen und für multilaterale Weltordnung**

Der chinesische Außenminister wandte sich zudem gegen die „zunehmende Politisierung wirtschaftlicher Fragen sowie einseitigen Sanktionen und technologischen Barrieren“. Wang fügte hinzu, dass die Brics-Staaten die Kooperation der Schwellen- und Entwicklungsländer ausbauen sollten.

Wang rief dazu auf, den Multilateralismus zu stärken. Die Brics seien eine neue Blaupause für die künftige globale Entwicklung. Das Staatenbündnis sollte entschlossen zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit beitragen und neue Unterstützung für die politische Lösung von Krisenherden bieten.

— —

### **3. Foreign Affairs / Infosperber: M.E. Sarotte: Geteilte Ukraine «vorerst» anerkennen gegen Nato-Mitgliedschaft**

#### ***Hinweis von C.Ronnefeldt:***

Beim nachfolgenden Artikel stimme ich mit zentralen Inhalten nicht überein,

halte den Artikel aber wegen seiner Autorin und der Veröffentlichung in *Foreign Affairs* für relevant - auch aufgrund der Wirkung seiner Thesen, die auf dem jüngsten Nato-Gipfel diskutiert wurden.

**Hier zunächst der Link zum Original-Artikel:**

<https://www.foreignaffairs.com/ukraine/better-path-ukraine-and-nato>

**Ein besserer Weg für Ukraine und NATO**

**Was Kiew jetzt für einen Platz in der Allianz tun könnte**

Von M.E. Sarotte

8. Juli 2024

(...)

-----

**Der folgende Betrag fasst zentrale Passagen zusammen:**

<https://www.infosperber.ch/politik/geteilte-ukraine-vorerst-ankennen-gegen-nato-mitgliedschaft/>

**Geteilte Ukraine «vorerst» anerkennen gegen Nato-Mitgliedschaft**

*Red. / 11.07.2024*

**Auch nicht ideale Optionen für die Ukraine seien zu bedenken.**

**Dafür plädiert die US-amerikanische Historikerin Mary Elise Sarotte.**

Red.– Die in den USA führende Strategiezeitschrift «Foreign Affairs» hat in Begleitung zum 75-jährigen Jubiläumsgipfel der Nato in Washington einen «besseren Pfad für die Ukraine und die Nato»

publiziert.

Autorin ist die Historikerin Mary Elise Sarotte von der Johns Hopkins University in Washington, eine ausgewiesene Kennerin der Nato-Osterweiterung, die vor zehn Jahren detailliert nachgezeichnet hatte, wie die USA zusammen mit Westdeutschland nach dem Fall der Mauer Russland überlistet hatten, um die Tür für die spätere Osterweiterung des Bündnisses offenzuhalten.

Jetzt erregt die Historikerin Aufsehen mit einem Kompromissvorschlag für ein Ende des Krieges in der Ukraine. Sie legt dar, was Kiew tun könnte für einen Platz in der Nato. Infosperber fasst zentrale Argumente der Autorin zusammen.

(...)

Teilung der Ukraine vorerst eine Realität

Die Ukraine habe «natürlich etwas Besseres verdient als dieses bittere Modell» eines geteilten Landes, betont Sarotte. Doch ihr bleibe keine bessere Wahl:

«Da die Ukraine und ihre Unterstützer nicht in der Lage waren, die De-facto-Teilung des Landes zu beenden, ist diese Teilung vorerst eine Realität. Es ist besser, dem westdeutschen Beispiel zu folgen und die Vollmitgliedschaft der unabhängigen Ukraine in der Nato zu erreichen, als zuzusehen, wie die wichtige Unterstützung der USA schwindet, während der Kongress streitet und Trumps Wiederwahlchancen steigen.»

Das Beispiel Westdeutschland stehe aber zugleich für eine bessere Zukunft, will die Historikerin Sarotte ihren Vorschlag der Ukraine schmackhaft machen:

«Nach dem Nato-Beitritt im Jahr 1955 festigte Westdeutschland sowohl seinen wirtschaftlichen Aufschwung als auch die neuen demokratischen Normen und wurde zu einem wichtigen Exportland und starken Nato-Verbündeten – eine Zukunft, die man der Ukraine nur wünschen kann.»

Einigung zwischen Nato und Ukraine

Doch wie gelingt es, die Ukraine dazu zu bringen? Sarotte schlägt den Staats- und Regierungschefs der Nato-Mitgliedstaaten vor, Kiew zu

folgenden drei Dingen zu ermutigen:

«Erstens: Festlegung einer vorläufigen, militärisch zu verteidigenden Grenze.

Zweitens sollten sie sich auf Selbstbeschränkungen in Bezug auf die Infrastruktur auf unbesetztem Gebiet einigen (z.B. Verzicht auf die ständige Stationierung ausländischer Truppen oder Kernwaffen), mit der wichtigen norwegischen Ausschlussklausel, dass diese Beschränkungen nur so lange gelten, wie die Ukraine nicht angegriffen wird oder ein Angriff droht.

Drittens, und das ist am schmerzlichsten, sollte man sich verpflichten, jenseits dieser Grenze keine militärische Gewalt anzuwenden, es sei denn zur Selbstverteidigung, wie es die Westdeutschen getan haben, um den Nato-Verbündeten zu versichern, dass sie sich nicht plötzlich im Krieg mit Russland wiederfinden werden, sobald die Ukraine Mitglied wird.«

Sarotte schwebt vor, dass sich die Nato-Staaten mit der Ukraine darauf einigen sollten und – sobald geschehen – es öffentlich bekanntgeben und Russland vor vollendete Tatsachen stellen. Ziel wäre, dass die geteilte Ukraine «so bald wie möglich der Nato beitrifft, idealerweise vor dem 20. Januar 2025» und damit vor einem möglichen Amtsantritt von Donald Trump als Präsident der USA.

Sarotte ist sich bewusst, dass ihr «Better path for Ukraine and Nato» in der Ukraine und in Russland auf Skepsis stossen wird. Warum soll die Ukraine auf Land verzichten, wenn auch nur «vorläufig»? Warum soll Russland die Nato-Mitgliedschaft der – «vorläufig» geteilten – Ukraine hinnehmen?

In Bezug auf die Ukraine hält es Mary Elise Sarotte mit ihrem Historikerkollegen Stephen Kotkin:

«Die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Ukraine den Frieden gewinnt, ist ein Waffenstillstand und ein schnellstmögliches Ende der Kämpfe, eine erreichbare Sicherheitsgarantie und der Beitritt zur Europäischen Union. Mit anderen Worten, eine Ukraine, die sicher ist und sich dem Westen angeschlossen hat.»

Und Sarotte folgert:

«Eine Nato-Mitgliedschaft, die den grössten Teil der Ukraine abdeckt,



würde es dem Land ermöglichen, sich auf eine solche Zukunft zuzubewegen, ohne auf ein Einlenken Putins warten zu müssen.»

Zu Russland meint die Historikerin:

«Angesichts der Tatsache, dass der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew zur Teilung der Ukraine aufgerufen hat, hätte Moskau die gesichtswahrende Möglichkeit, dies als einen Sieg zu bezeichnen.»

«Die Uhr tickt»

Abschliessend gibt Mary Elise Sarotte zu bedenken:

«Die Uhr tickt und es bleiben nur wenige Optionen. Wenn die Ukraine nicht im Stich gelassen werden soll, während die Unterstützung der USA schwindet – und die Europäer gezwungen werden sollen, die Lücken zu schliessen (...), dann müssen alle Optionen, auch die weniger idealen, für die Institutionalisierung ihrer Sicherheit in der Nato in Betracht gezogen werden.»

Hinter den Kulissen des Nato-Gipfels in Washington scheinen Überlegungen, wie sie die Historikerin Mary Elise Sarotte von der Johns Hopkins University jetzt publik gemacht hat, diskutiert zu werden.

Die «New York-Times» berichtete jedenfalls, dass für die Ukraine die Nato-Mitgliedschaft neuerdings wichtiger zu sein scheint als die Rückgewinnung von Land.

-----

#### **4. Bundestag: Antwort der Bundesregierung - Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines**

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/122/2012284.pdf>

17.7.2024

### **Antwort der Bundesregierung**

(...)

### **Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines**

---

### **Seite 11:**

(...)

Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass die Beantwortung der Frage aus Gründen des Staatswohls nicht erfolgen kann.

Das verfassungsmäßig verbürgte Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung wird durch schutzwürdige Interessen von Verfassungsrang begrenzt, wozu auch und insbesondere Staatswohlerwägungen zählen.

Gegenstand der Frage sind solche Informationen, die den Restriktionen der „Third-Party-Rule“ unterliegen, welche den internationalen Austausch von Informationen der Nachrichtendienste betrifft.

Die Bedeutung der „Third Party Rule“ für die internationale nachrichtendienstliche Zusammenarbeit hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss 2BvE 2/15 vom 13. Oktober 2016 (Rz. 162 bis 166) gewürdigt.

Lägen solche Informationen vor, wären diese evident geheimhaltungsbedürftig, weil sie sicherheitsrelevante Erkenntnisse beinhalten, die unter der Maßgabe der vertraulichen Behandlung von ausländischen Nachrichtendiensten an die deutschen Nachrichtendienste weitergeleitet wurden.

Ein Bekanntwerden von Informationen, die nach den Regeln der „Third-Party-Rule“ erlangt wurden, würde als Störung der

wechselseitigen Vertrauensgrundlage gewertet werden und hätte eine schwere Beeinträchtigung der Teilhabe der Nachrichtendienste des Bundes am internationalen Erkenntnisaustausch zur Folge.

Selbst eine VS-Einstufung und Hinterlegung der angefragten Informationen bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages würde im vorliegenden Fall nicht ausreichen, um der besonderen Sensibilität der Informationen für die Aufgabenerfüllung der Nachrichtendienste des Bundes ausreichend Rechnung zu tragen.

Die Maßgaben der „Third Party Rule“ gelten nach wie vor, auch in Bezug auf die Sabotageakte an den Nord Stream Pipelines. (...)

— —

## **5. Spiegel international: Investigating the Nord Stream Attack**

[https://www.spiegel.de/international/europe/investigating-the-attack-on-nord-stream-all-the-clues-point-toward-kyiv-a-124838c7-992a-4d0e-9894-942d4a665778?sara\\_ref=re-so-tw-sh](https://www.spiegel.de/international/europe/investigating-the-attack-on-nord-stream-all-the-clues-point-toward-kyiv-a-124838c7-992a-4d0e-9894-942d4a665778?sara_ref=re-so-tw-sh)

### **Investigating the Nord Stream Attack**

(...)

26.08.2023, 09.50 Uhr

(...)

Die bisherigen Ermittlungen, von denen viele von deutschen Beamten stammen, sind streng vertraulich. Nichts soll die Öffentlichkeit erreichen. Auf Bestellung aus dem Kanzleramt.

"Dies ist die wichtigste Untersuchung der deutschen Nachkriegsgeschichte wegen ihrer möglichen politischen Implikationen", sagt ein hoher Sicherheitsbeamter.

Den Personen des Bundeskriminalamtes (BKA), die für den Fall Nord Stream verantwortlich sind, Mitgliedern des Department ST 24, ist es sogar verboten, mit Kollegen zu diskutieren, die nicht Teil der Untersuchung sind.

Die Ermittler müssen dokumentieren, wann und mit wem sie darüber gesprochen haben, welcher Aspekt des Falles - eine Anforderung, die selbst beim BKA, dem deutschen FBI, äußerst ungewöhnlich ist.

Es steht viel auf dem Spiel, so viel ist klar. Wenn es ein russisches Kommando wäre, würde es dann als Kriegsakt angesehen werden?

Laut Artikel 5 des Nordatlantikvertrags kann ein Angriff auf die kritische Infrastruktur eines NATO-Mitgliedstaates die gegenseitige Verteidigungsklausel auslösen.

Wenn es die Ukraine wäre, würde das die anhaltende Unterstützung des Landes für das Land mit Panzerlieferungen oder möglicherweise sogar Kampffjets beenden? Und was ist mit den Amerikanern?

Wenn Washington Hilfe für den Angriff geleistet hat, könnte das das Ende der 75-jährigen transatlantischen Partnerschaft bedeuten? (...)

---

**6. IPG: : Die EU regt sich über Orbáns Friedensmission auf. Dabei verschläft sie, selbst die Initiative zu ergreifen**

[https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/dem-narren-die-buehne-ueberlassen-7664/?utm\\_campaign=de\\_40\\_20240719&utm\\_medium=email&utm\\_source=newsletter](https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/dem-narren-die-buehne-ueberlassen-7664/?utm_campaign=de_40_20240719&utm_medium=email&utm_source=newsletter)

Außen- und Sicherheitspolitik 19.07.2024

Almut Rochowanski

**Dem Narren die Bühne überlassen**

**Die EU regt sich über Orbáns Friedensmission auf.**

**Dabei verschláft sie, selbst die Initiative zu ergreifen.**

Als Viktor Orbán die empörte Reaktion von EU-Vertretern und Mitgliedstaaten auf sein Treffen mit Putin damit abschmettete, dass „Brüsseler bürokratischer Unfug keinen Erfolg in der Suche nach Frieden“ gebracht hätte, seufzte ein kanadischer Experte: „Ich bin kein Fan von Orbán, aber da hat er nicht Unrecht.“

Die Maßnahmen der EU-Spitze und der Mitgliedstaaten gegen Orbán wirken kleinlich und governantenhaft. Man mokiert sich über „inakzeptablen Tabubruch“ und will „Kante zeigen“, aber das sind nur Befindlichkeiten, keine inhaltliche Kritik.

Der Juristische Dienst der EU konstatierte verdächtig rasch, dass Orbán den „Geist der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität“ verletzt habe.

Laut einem ehemaligen EU-Beamten und nun unabhängigen Brüsseler Experten ist das „problematisch, weil Politik keine rein juristische Angelegenheit sein kann“. Das bringt uns nicht weiter und hilft niemandem.

Wo sind die respektablen europäischen Staats- und Regierungsoberhäupter? Nach dem Sprichwort: „Wenn nur noch die Narren die Wahrheit sagen, stimmt irgendwas nicht bei Hofe“ – warum nehmen sie Orbán nicht den Wind aus den Segeln, indem sie selbst eine politische Lösung andenken?

Warum überlassen sie ihm den Frieden, unser kostbarstes Gut, während sie im Schulterchluss den Kopf in den Sand stecken? Immerhin zeigen die jüngsten Umfragen, dass eine überwiegende Mehrheit der Europäer Verhandlungen will. (...)

—

**7. Haaretz: IGH-Urteil zur Besetzung geht über Israels schlimmste Befürchtungen hinaus**

<https://www.haaretz.com/israel-news/2024-07-19/ty-article/.premium/icjs-decision-on-the-occupation-goes-beyond-israels-worst-fears/00000190-cbe6-dc8b-a1dd-cbe7a2350000>

Analysis |

## ICJ's Decision on the Occupation Goes Beyond Israel's Worst Fears

(...)

— —

***Hier in deutscher Übersetzung:***

### IGH-Urteil zur Besetzung geht über Israels schlimmste Befürchtungen hinaus

Die grundlegenden Argumente Israels bezüglich seiner langfristigen Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens werden durch das Urteil des IGH untergraben, das im Wesentlichen Ländern, Institutionen und Unternehmen eine Rechtfertigung liefert, Israel zu bestrafen. Ignorieren sollte keine Option sein.

Alon Pinkas

Haaretz, 19. Jul. 2024

So vorhersehbar das Urteil des Internationalen Gerichtshofs zur israelischen Besetzung und Verwaltung im Westjordanland und in Ostjerusalem auch sein mag, so stark ist das "Ja, aber das ist nichts Neues", und so unverbindlich es auch sein mag, es ist eine unangenehme und gefährliche Feststellung.

In der Tat stellt es wahrscheinlich Israels schlimmste Befürchtungen in den Schatten, da es Israel auffordert, die Besetzung so schnell wie möglich zu beenden, eine Besetzung, die das Gericht für illegal hält.

Wenn die Richter zu diesem Schluss kommen und Israel auffordern, Reparationen an die Palästinenser zu zahlen, kann sich Israel über das Urteil hinwegsetzen, es ignorieren, lächerlich machen und scheinheilig angreifen, so viel es will. Aber das Urteil gibt vielen Ländern Recht - Feinden und Freunden, Gegnern und Befürwortern gleichermaßen.

## Die wichtigsten Punkte in der Stellungnahme des IGH

Israels anhaltende Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten wird als illegal angesehen.

Israel muss seine Präsenz in den besetzten Gebieten so bald wie möglich beenden.

Israel muss den Siedlungsausbau sofort einstellen und alle Siedler aus den besetzten Gebieten evakuieren.

Israel muss Wiedergutmachung für den Schaden leisten, der der lokalen und rechtmäßigen Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten zugefügt wurde.

Die internationale Gemeinschaft und die internationalen Organisationen haben die Pflicht, die israelische Präsenz in den Gebieten nicht als legal anzuerkennen und ihre Aufrechterhaltung nicht zu unterstützen.

Die UNO sollte prüfen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die israelische Präsenz in den Gebieten so schnell wie möglich zu beenden.

Das Gericht erklärte, die Besetzung sei dauerhaft geworden und habe sich in eine Annexion verwandelt. Tatsächlich ist die gesamte israelische Präsenz im Westjordanland illegal, so das Gericht.  
(...)

—

***Hier der Originaltext:***

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-adv-01-00-en.pdf>

—

**8. IPG: Der IGH erklärt die gesamte israelische Besetzung für rechtswidrig.**

**Das Urteil dürfte auch Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik haben.**

[https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/brisantes-votum-7670/?utm\\_campaign=de\\_40\\_20240723&utm\\_medium=email&utm\\_source=newsletter](https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/brisantes-votum-7670/?utm_campaign=de_40_20240723&utm_medium=email&utm_source=newsletter)

Naher Osten/Nordafrika 23.07.2024 |

Matthias Goldmann

### **Brisantes Votum**

**Der IGH erklärt die gesamte israelische Besatzung für rechtswidrig.**

**Das Urteil dürfte auch Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik haben.**

Matthias Goldmann ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Recht an der EBS Universität in Wiesbaden. Zudem ist er Juniorprofessor für Internationales Öffentliches Recht und Finanzrecht an der Goethe Universität Frankfurt.

Nach den viel beachteten Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) über einstweilige Anordnungen im Gazakonflikt



erweckte das Gutachten vom 19. Juli 2024 ein verhältnismäßig geringes Medienecho.

Dies steht im eklatanten Gegensatz zu seinem Inhalt. Der internationale Gerichtshof bewertete nämlich kurzerhand die gesamte israelische Besatzung des palästinensischen Gebiets, einschließlich Gaza, für rechtswidrig. Dies dürfte erhebliche völkerrechtliche und geopolitische Konsequenzen nach sich ziehen – auch für Deutschland.

Das Gutachten war von der Generalversammlung der UN im Dezember 2022 in Auftrag gegeben worden, einen Tag nach dem Amtsantritt von Ministerpräsident Netanjahu.

Zwar haben die im Gutachten getroffenen Anordnungen keine rechtsverbindliche Wirkung, dies ändert jedoch nichts am symbolischen Wert und Präzedenzcharakter der Entscheidung.

Das gilt umso mehr, da sie mit überwältigender Mehrheit der Richterinnen und Richter erging, einschließlich der Stimmen der amerikanischen Richterin Sarah H. Cleveland und des deutschen Richters Georg Nolte.

Die Generalversammlung der UN hatte dem Gerichtshof zwei Fragen vorgelegt. Zum einen erbat sie seine Einschätzung, ob einzelne

israelische Praktiken wie zum Beispiel der Siedlungsbau im Westjordanland gegen das Völkerrecht verstoßen.

Dieser Frage haftete eine geringe Brisanz an, ist es doch aufgrund der recht eindeutigen Regelungen des humanitären Völkerrechts weitgehend Konsens, dass die Besiedlung von besetzten Gebieten verboten ist.

Nachdem der IGH bereits 2004 die Rechtswidrigkeit des Befestigungswalls auf palästinensischem Gebiet festgestellt hatte, konnte man nun zur Siedlungspolitik eine ähnliche Entscheidung erwarten.

Dazu kommt, dass selbst der Sicherheitsrat schon 2016 die Rechtswidrigkeit der Siedlungspolitik – unter Enthaltung der USA – in einer Resolution bekräftigt hatte. Allenfalls die Frage, ob die israelische Besatzung einen Fall der Apartheid nach Art. 3 der Rassendiskriminierungskonvention darstellte, sorgte für Spannung.

Der Gerichtshof hat diesen Erwartungen entsprochen und viele Aspekte der israelischen Besatzungspolitik für rechtswidrig erklärt, unter anderem die Wegnahme von Land und dessen Besiedlung.

Auch die Einrichtung von „wilden“ Siedlungen in sogenannten Outposts habe Israel entgegen dem Völkerrecht geduldet beziehungsweise durch

Bereitstellung von Infrastruktur sogar befördert.

Die Diskriminierung der Bevölkerung einschließlich willkürlicher, teils lang anhaltender Inhaftierung wertete der IGH als Verstoß gegen das Besatzungsrecht sowie gegen Art. 3 der Rassendiskriminierungskonvention, ließ allerdings offen, ob er sich hierbei auf das Verbot der Rassentrennung oder auf Apartheid bezog. Die Sondervoten lassen erkennen, dass diese Einordnung umstritten blieb.

Brisanter als die erste Frage nach der Rechtmäßigkeit spezifischer Politiken und Handlungen war die zweite Frage, ob die israelische Besatzungspolitik die Besatzung nicht insgesamt rechtswidrig mache. Bisher war weder autoritativ geklärt, ob eine Besatzung vorliegt, noch, ob diese rechtmäßig ist.

Das Besatzungsrecht, das in seinem Kern aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammt, stellt nur Verhaltensanforderungen an die Besatzungsmacht auf. Es geht von einem klassischen Krieg zwischen zwei Staaten aus, in dem die Frage, ob eine Besatzung vorliegt, keine besondere Herausforderung darstellt. Es regelt auch nicht, wann die Besatzung enden muss. In der damaligen Praxis wurden Kriege meist rasch durch Friedensverträge beendet.

Entgegen dem Anraten der USA, sich aus aktuellen Konflikten herauszuhalten, stellt der IGH in seinem neuerlichen Gutachten zunächst fest, dass Israel das gesamte palästinensische Territorium besetzt hält.

Hier folgt das Gericht der sogenannten funktionalen Theorie. Danach erfordert eine Besetzung im Rechtssinn keine physische Präsenz, sondern lediglich ein hohes Maß an Kontrolle über ein fremdes Gebiet.

Somit gelte auch Gaza vor dem 7. Oktober 2023 bereits als besetzt. Den oft vorgebrachten Einwand, Palästina sei keine völkerrechtliche Entität und könne daher nicht besetzt werden, weist der Gerichtshof scharf zurück.

Er bekräftigt das vielfach, einschließlich von der UN-Generalversammlung anerkannte Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in seinem gesamten Gebiet, das eine unteilbare Einheit bilde.

Sodann zieht der IGH der Rechtmäßigkeit der Besetzung gewisse Grenzen. Wenngleich bereits dieser Umstand als progressiv gelten könnte, geht der IGH dabei jedoch sehr vorsichtig zu Werk.

Maßgeblich sei das allgemeine Völkerrecht, zu dem das völkerrechtliche

Gewaltverbot gehöre. Eine hiergegen verstoßende Annexion fremden Gebiets mache jedenfalls eine ursprünglich rechtmäßige Besatzung rechtswidrig.

Israel habe es nach seiner Siedlungspolitik und den weiteren, unter der ersten Frage untersuchten Handlungen darauf angelegt, das Westjordanland zu annektieren. Mithin sei die Besatzung rechtswidrig; Israel müsse so bald wie möglich abziehen. Dies betrifft alle Teilgebiete des palästinensischen Territoriums, einschließlich Gaza. Für rechtswidrig besiedelte Orte müsse Israel Reparationen leisten.

Die Illegalität der Besatzung entbinde Israel schließlich nicht von der Pflicht, die Schutzvorschriften des humanitären Völkerrechts einzuhalten. Man möchte hinzufügen, dass dasselbe auch für Hamas gilt, hinsichtlich deren Angriff vom 7. Oktober 2023 der IGH klare Worte der Verurteilung findet.

Der IGH geht in diesem Gutachten vom Völkerrecht als einer kohärenten Friedensordnung aus. Völkerrecht ist danach kein Sammelsurium einzelner Regeln, die mächtige Staaten „à la carte“ sich zu eigen machen oder aber von sich weisen können.

Das Völkerrecht des IGH besteht aus einem engen Geflecht von miteinander in Beziehung stehenden Normen, die für alle Staaten

gleichermaßen gelten. Diese Normen bedingen und begrenzen sich gegenseitig. Das Besatzungsrecht kann, wenngleich historisch älter, nicht ohne das Gewaltverbot gedacht werden.

Diese Haltung wurde eigentlich lange auch von der Bundesrepublik vertreten. Nicht umsonst gilt die Rede von der Konstitutionalisierung des Völkerrechts als gleichsam deutsche Erfindung, um nicht zu sagen Marotte. Darin kommt die Überzeugung zum Ausdruck, dass Politik nie rechtsbefreit existieren kann, sondern immer schon an rechtliche Grenzen gebunden ist. Eine feministische Außenpolitik bekräftigt dieses Versprechen, indem sie die Menschenrechte ins Zentrum rückt – einschließlich der Rechte marginalisierter Gruppen.

Der konstitutionelle Ansatz steht in engem Zusammenhang mit dem Multilateralismus in den internationalen Beziehungen. Auch ihn bemüht der IGH in der Entscheidung, indem er Generalversammlung und Sicherheitsrat die Planung und Umsetzung des israelischen Abzugs aufträgt und insoweit vermeidet, sich selbst als Konfliktmanager zu betätigen.

Das Gutachten sollte in Deutschland Anlass zu Überlegungen geben, wie sich Geopolitik in der gegenwärtigen Zeitenwende gestalten lässt. Die Zeitenwende wurde initial als Abkehr von der Gemütlichkeit der Nachwendezeit ausgerufen:

Die Amerikaner liefern Sicherheit, die Russen die Energie, Europa und vor allem Deutschland erkaufte sich die Vorteile durch Loyalität und allerlei Aufräumarbeiten. Das geht nicht mehr, seitdem die Konflikte zwischen Russland und der Nato-Welt unüberbrückbar und die Rückendeckung durch Amerika unsicher geworden sind.

Doch was tritt an die Stelle dieser Konstellation? Allenthalben werden Parallelen zum Kalten Krieg gezogen. Der Westen igle sich ein gegen den systemischen Konkurrenten China, den Unwägbarkeiten der Situation in den USA zum Trotz. Die europäische Handelspolitik folgt ziemlich genau diesem Schema und knüpft dementsprechend Loyalitäten, beziehungsweise erlässt Sanktionen.

Olaf Scholz rief jedoch die Zeitenwende aus, um eine Neuauflage des Kalten Kriegs zu vermeiden. Nicht das Völkerrecht „à la carte“, sondern die universellen Normen der Völkerrechtsordnung sollten Deutschlands Außenpolitik leiten. Kaum etwas anderes scheint der ambivalenten Lage des rohstoffarmen, alternden, von allerlei Begehrlichkeiten bedrängten Europas angemessen.

Insofern wären gute Beziehungen zu den „blockfreien“ Staaten des globalen Südens von großer Bedeutung. Auch sie wollen sich nicht vereinnahmen lassen, sondern nach beiden Seiten hin abstützen. Eine

Nord-Süd-Allianz der Universalisten und Multilateralisten könnte  
hieran anknüpfen.

Spätestens das Gutachten des IGH verdeutlicht, dass man insbesondere  
in Deutschland noch weit davon entfernt ist, die universellen Werte  
des Völkerrechts auch dann hochzuhalten, wenn es schmerzt. Das tritt  
nun an einigen Stellen deutlich zutage.

Den Vorwurf der Apartheid an die Adresse Israels zu richten, stufte  
der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein,  
vor Kurzem noch als antisemitisch ein. Wenngleich das IGH-Gutachten  
diesen Punkt offenlässt, erlaubt es jedoch eine Lesart, nach der  
Apartheid vorliegt – so zumindest der südafrikanische Richter Dire  
Tladi, der in diesem Punkt heftigen Widerspruch vom deutschen Richter  
Nolte erntet.

Ein anderes Beispiel ist der Verweis auf demokratische,  
rechtsstaatliche Institutionen in Israel. Er dient großen Teilen des  
bundesdeutschen Diskurses zur Beschwichtigung bei  
Völkerrechtsverstößen.

Dass der IGH nun die gesamte israelische Besatzungspolitik als  
völkerrechtswidrig einstuft, dies keineswegs auf die Taten der  
Netanjahu-Regierung begrenzt und damit der israelischen Justiz und



Politik – die gerade die Zweistaatenlösung abgelehnt hat – kein gutes Zeugnis ausstellt, macht den Widerspruch zwischen der deutschen Israel-Politik und dem in der Zeitenwende beschworenen universellen Völkerrecht offensichtlich.

Um der Ankündigung der Zeitenwende Taten folgen zu lassen, ist hier ein Umdenken notwendig. Damit Deutschland nicht am Ende von drei Blöcken umgeben ist: neben den USA und China/Russland auch noch vom globalen Süden – womöglich gar im Verein mit einigen europäischen Staaten wie Irland, deren spezifische Geschichte diese anders auf den Nahen Osten blicken lässt.

Neben dem Verlust an soft power wäre eine solche Konstellation nicht zuletzt für europäische Rohstoffdeals oder Migrationsfragen keine guten Nachrichten.

Dies bedeutet, dass Deutschland an der Umsetzung der IGH-Entscheidung eine konstruktive Rolle spielen sollte. Das betrifft nicht nur die bereits jetzt beträchtliche finanzielle Unterstützung für die palästinensische Autonomieregierung. Deutschland sollte multilateralen Lösungen hier den Vorrang einräumen und sie schützen – notfalls und in letzter Instanz auch mit Sanktionen, wie bei anderen gravierenden Völkerrechtsverstößen auch.

Ein weiterer, symbolisch wichtiger Schritt wäre die Anerkennung von Palästina als Staat. Wenngleich man an der Effektivität der palästinensischen Staatsgewalt zweifeln kann, nicht zuletzt wegen der Terrorherrschaft der Hamas, hat Deutschland in der Vergangenheit nicht immer der Effektivität den höchsten Rang eingeräumt.

Die Anerkennung Palästinas würde für die nun unausweichlichen Verhandlungen über das Ende der Besatzung die Augenhöhe der beiden zentralen Verhandlungspartner herstellen. Zudem wäre sie ein wichtiges Zeichen im Hinblick auf die Zeitenwende – dessen Kurswert jedoch mit jedem Tag des Zuwartens sinken dürfte.

Um die Zeitenwende in der deutschen Politik und Gestaltung fest zu verankern, ist letztlich auch ein Umdenken in der Erinnerungspolitik erforderlich. Die zentrale Stellung des Holocausts wird nicht bedroht, sondern gefestigt, indem der Holocaust stellvertretend für die Abgründe der Menschlichkeit steht, die jederzeit und jeden Orts aufbrechen können.

Ein solches Gedenken ist inklusiv und verbindend. Es stützt sich nicht auf eine abstrakte, national gedachte und administrativ durchgeboxte Staatsräson, sondern auf jene konkrete, universale Utopie der Menschenrechte, um die es bei der Zeitenwende eigentlich geht.

**siehe auch:**

[https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(24\)01169-3/fulltext#](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(24)01169-3/fulltext#)

### **Zählen der Toten in Gaza: schwierig, aber unerlässlich**

- [Rasha Khatib](#)
- [Martin McKee](#)
- [Salim Yusuf](#)

Veröffentlicht: 05. Juli 2024 DOI: [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(24\)01169-3](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(24)01169-3)

Bis zum 19. Juni 2024 waren 37 396 Menschen im Gazastreifen seit dem Angriff der Hamas und der israelischen Invasion im Oktober 2023 getötet worden, so das Gesundheitsministerium von Gaza, wie das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten berichtete. (...)

---

### **9. IPG: Alles nur Routine?**

**Die USA stationieren wieder Mittelstreckenraketen in Deutschland – mit weitreichenden Konsequenzen.**

**Es fehlt eine ernsthafte Strategiedebatte.**

[https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/alles-nur-routine-7655/?utm\\_source=pocket-newtab-de-de](https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/alles-nur-routine-7655/?utm_source=pocket-newtab-de-de)

Außen- und Sicherheitspolitik

16.07.2024 |

Alexander Graef & Tim Thies & Lukas Mengelkamp

Alles nur Routine?

Die USA stationieren wieder Mittelstreckenraketen in Deutschland – mit weitreichenden Konsequenzen. Es fehlt eine ernsthafte Strategiedebatte.

Dr. Alexander Graef ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Mitglied des Younger Generation Leaders Network on Euro-Atlantic Security (YGLN).

Es war wohl die überraschendste Nachricht des NATO-Gipfels in der vergangenen Woche: In vier kurzen Sätzen verkündeten die USA gemeinsam mit der Bundesregierung, bis 2026 amerikanische, landgestützte Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren.

Die gemeinsame Erklärung liest sich so knapp, als handele es sich um einen Routineakt. Tatsächlich wird der Schritt weitreichende sicherheitspolitische Konsequenzen haben. Der Vorgang ist bezeichnend für das Fehlen einer ernsthaften strategischen Debatte in Deutschland.

(...)

Die Stationierung von amerikanischen Raketensystemen in Deutschland ist deshalb weder ein militärisches Wundermittel ohne Risiken, noch alternativlos. Stattdessen wirft sie neue Fragen der Kriegsverhütung, der Kriegsführung und des Eskalationsmanagements auf.

Diese lassen sich nicht mit dem bloßen Verweis auf mehr und vermeintlich immer bessere Abschreckung beantworten. Vielmehr bedarf es eines substantiellen Abwägungsprozesses.

Doch während man in den USA derartige Fragen intensiv und auch öffentlich diskutiert, werden diese hierzulande kaum problematisiert. Stattdessen verfällt man zum Teil in Extreme. Während die einen im Zuge der Zeitenwende jede militärische Investition unkritisch begrüßen, sehen andere darin eine reine Provokation auf dem direkten Weg zum Dritten Weltkrieg.

Gleichzeitig wird manchmal der Eindruck erweckt, Russland könnte im Kriegsfall militärisch vollständig besiegt werden. Doch damit wird eine der grundlegendsten Einsichten des Nuklearzeitalters verdrängt.

Bereits 1956 kam der US-amerikanische Stratege William W. Kaufmann zum Schluss, dass die klassische konventionelle Kriegsführung bis zur totalen Niederlage zwischen Atommächten zwangsläufig in einer nuklearen Eskalation enden würde.

Angesichts dieser fundamentalen und nicht auflösbaren Risiken braucht es eine offene Debatte über und Analyse von militärstrategischen Optionen zum Eskalationsmanagement.

Diese sollten auch ein Mindestmaß an Verhaltensregeln und gezielten Kommunikationskanälen umfassen, damit nicht jeder militärische Zwischenfall und jede mögliche Fehleinschätzung in die Katastrophe führen. Keinesfalls aber darf der Eindruck entstehen, die Bevölkerung würde ohne Risikoabwägung vor vollendete Tatsachen gestellt.

Denn damit wäre einer gezielten Verunsicherung von außen Tür und Tor geöffnet.

-----

***siehe auch die transatlantische Begründung:***

<https://ata-dag.de/aktuelles/debatte/kuenftige-stationierung-von-mittelstreckenwaffen-in-deutschland/21392/>

## **Künftige Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland**

### **Kommentar zur gemeinsamen Erklärung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland**

Generalleutnant a. D. Heinrich Brauß, Beigeordneter NATO-Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung

(2013–2018), Mitglied des Vorstands der Deutschen Atlantischen Gesellschaft

(...)

Kommentar zur gemeinsamen Erklärung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland

Am 10. Juli 2024 veröffentlichten die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland am Rande des Gipfeltreffens der NATO in Washington, D.C., folgende gemeinsame Erklärung zur Stationierung weitreichender Waffensysteme in Deutschland:

„Die Vereinigten Staaten von Amerika werden, begi

Künftige Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland

## Künftige Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland



[Heinrich Brauss](#)

16. Juli 2024

5 min

—

**10. SZ: Heribert Prantl: Verteidigung: Die Friedensbewegung hat die Kraft der protestierenden Hoffnung verloren**

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/verteidigung-friedensbewegung-kolumne-lux.Qd7wop41JXWHXNrMWnKyj2?reduced=true>

**Verteidigung:**

**Die Friedensbewegung hat die Kraft der protestierenden Hoffnung verloren**

18. Juli 2024, 15:39 Uhr

Der deutsche Verteidigungsminister begründet die Aufrüstung mit einer militärischen „Fähigkeitslücke“.

An so einer Lücke leidet auch die Friedensbewegung.

Kolumne von Heribert Prantl

(...)

—

***In der Printausgabe der SZ vom 19.7.2024 steht der Text auf Seite 5 unter der Überschrift: „Nur Frieden“.***

Es ist still. Es ist totenstill. In Deutschland werden

Tomahawk-Marschflugkörper, SM-6-Raketen und Hyperschallraketen aufgestellt - und es bleibt still im Land. Kein lauter Protest, kein Aufschrei, keine Demonstrationen. Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem diese US-Waffensysteme stationiert werden. Sie richten sich gegen Russland.

Warum ist es so still? Weil Sommer ist, weil Ferien sind?

Weil die Erklärung der USA und der Bundesrepublik zur Stationierung so unglaublich lapidar und kurz ist? Sie ist ganze neun Zeilen lang. Hat die Stille damit zu tun, weil noch Zeit zu sein scheint? Die Stationierung soll ja erst 2026 beginnen.

Oder ist es still, weil die allgemeine Überzeugung herrscht, dass von diesen Raketen nur Frieden ausgeht.

Vom deutschen Boden wird künftig nur Frieden ausgehen - das haben jedenfalls die damals noch zwei deutschen Staaten 1990 im Zwei-plus-Vier-Vertrag versprochen. Die DDR und die Bundesrepublik waren die zwei; die vier waren Frankreich, die Sowjetunion, Großbritannien und die USA.

Dieser Vertrag hat den Weg für die deutsche Wiedervereinigung frei gemacht. Geht also von diesen neuen Raketen, die atomar bestückt werden könnten, der Frieden aus?

(...)

Die Angst davor hat in den Achtzigerjahren die Pershing-Protteste beflügelt. Heute lähmt die Angst. Damals hat sie Protestkraft entwickelt, heute nimmt sie die Kraft. Viele schalten gleich ganz und gar ab, wenn es um Krieg, Rüstung und Waffen geht - weil sie das Gefühl haben, vor einem Berg zu stehen, über den sie nicht schauen können, weil der immer höher wird.

Man nennt das Aussichtslosigkeit.

Und so manche vermeiden es, für Abrüstung zu kämpfen, weil sie nicht schon deswegen als Putin-Freunde gelten wollen.

Verteidigungsminister Boris Pistorius argumentiert mit einer „Fähigkeitslücke“, um die militärische Aufrüstung zu begründen. An einer Fähigkeitslücke leidet aber auch die Friedensbewegung. Sie hat die Kraft der protestierenden Hoffnung verloren.

— —

<https://www.change.org/p/gegen-die-atomare-bedrohung>

### **Appell gegen die nukleare Aufrüstung**

Die Anzeichen verdichten sich, dass die USA in naher Zukunft in Deutschland Hyperschallraketen stationieren wollen. Wir appellieren an die Bundesregierung eine Aufstellung von US-Hyperschallraketen in Deutschland zu verhindern.

Diese Raketen steigern, wie auch die ebenso unverantwortliche Stationierung der russischen Hyperschallraketen in Kaliningrad, aufgrund ihrer kurzen Flug- und damit faktisch nicht mehr vorhandenen Vorwarnzeit das Risiko eines Atomkriegs aus Versehen. (...)

—

### **12. Friedensdekade: Unterschriftenaktion „Umkehr zum Frieden“**

[https://www.friedensdekade.de/wp-content/uploads/2024/05/240425\\_FRI\\_unterschriften\\_RZ\\_download-2.pdf](https://www.friedensdekade.de/wp-content/uploads/2024/05/240425_FRI_unterschriften_RZ_download-2.pdf)

### **Unterschriftenaktion „Umkehr zum Frieden“**

Mit meiner Unterschrift bitte ich die Kirchenleitungen, die sieben

Punkte des Friedens-Appells in die politische

und gesellschaftliche Debatte einzubringen. Ich trete ein:

Mit meiner Unterschrift bitte ich die Kirchenleitungen, die sieben

Punkte des Friedens-Appells in die politische

und gesellschaftliche Debatte einzubringen. Ich trete ein:

1 für die „Ertüchtigung“ zum Frieden durch eine entschiedene Stärkung



aller gewaltfreien Mittel und Methoden zur Lösung von Konflikten

2 für die Förderung von Initiativen der Friedensbildung in möglichst allen Bildungseinrichtungen (z. B. Kindergärten, Schulen, Hochschulen; auch kirchliche Bildungsangebote)

3 für die Anerkennung und Stärkung diplomatischer Bemühungen bei schwelenden oder bereits ausgebrochenen gewaltsamen Konflikten

4 für die Reform und den Ausbau verbindlicher internationaler Rechts- und Ordnungssysteme (z. B. UNO, OSZE)

5 für eine Reduzierung der deutschen Rüstungsexporte – mit dem Ziel eines mittelfristigen Ausfuhrverbots

6 für eine öffentliche kritische Auseinandersetzung mit dem Einsatz bewaffnungsfähiger Drohnen und anderer automatischer Waffensysteme

7 für die weltweite Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen

----

Jetzt Unterschreiben:

(...)

-----

**13. Pressehütte: Aufruf für Zeitungsanzeigen: Atombombenopfer mahnen: Für ein Europa ohne Atomwaffen!**

JETZT unterschreiben: <https://pressehuette.de/aufruf-nuclearban-2024/aufruf-unterstuetzen/>

Die Gefahr eines Atomkrieges war noch nie so hoch wie heute. Weltweit

existieren 12.100 Atomwaffen, davon circa 2.100 in hoher Alarmbereitschaft. Die Anzahl einsatzbereiter Sprengköpfe wächst. Die Atomwaffenstaaten rüsten weiter auf. Der Ukrainekrieg birgt die ständige Gefahr einer auch nuklearen Eskalation.

Belgien, Deutschland, Italien, die Niederlande und die Türkei haben als NATO-Mitglieder im Rahmen der nuklearen Teilhabe US-Atomwaffen auf ihrem Territorium stationiert. Jedes Jahr im Oktober simuliert die NATO mit dem Manöver „Steadfast Noon“ einen Atomkrieg in Europa. Belarus beteiligt sich an der nuklearen Teilhabe Russlands. Frankreich verfügt wie Großbritannien über ein eigenes Atomwaffenarsenal. Einzelne Stimmen fordern sogar eigene Atomwaffen für die EU.

Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen. Jede einzelne hat das Potential, hunderttausende Menschen unterschiedslos zu töten und zu verstrahlen. Die Überlebenden der Atomwaffeneinsätze und über 2.000 Tests weltweit leiden bis heute unter den humanitären Folgen, zum Teil schon in vierter Generation. Der Internationale Gerichtshof hat in einem Gutachten vom 8. Juli 1996 darauf hingewiesen, dass die Drohung mit und der Einsatz von Atomwaffen »generell« gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen.

Stoppen wir den Irrsinn, der von diesen verheerenden Waffen ausgeht. Beenden wir den Mythos der nuklearen Abschreckung. Unterstützen wir die Überlebenden.

Die größte Sicherheit für die Menschen in Europa konnte in den letzten Jahrzehnten durch Entspannungspolitik und Rüstungskontrolle erreicht werden!

Was die Menschheit mehr denn je braucht: Dialog und Abrüstung!

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag kann dazu beitragen. 70 Staaten weltweit haben ihn bereits ratifiziert. Mit Irland, Malta, Österreich, San Marino und dem Vatikan sind auch fünf Staaten in Europa dabei.

Machen wir uns dafür stark, dass die EU keine eigenen Atomwaffen erhält!

Rufen wir dazu auf, dass es zu ernsthaften Abrüstungsverhandlungen insbesondere zwischen den USA, Russland und der VR China kommt!

Setzen wir uns für den Abzug beziehungsweise die Abrüstung aller Atomwaffen in der EU und den Beitritt aller Mitgliedsstaaten zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag ein!

Wir verurteilen jede nukleare Drohung und rufen für die Gedenktage anlässlich der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zwischen dem 5. und 9. August zu Aktionen auf, um an möglichst vielen Orten an die Atomwaffen-Opfer zu erinnern. Nehmen wir dabei kooperative Sicherheit durch eine Politik der Friedenslogik in den Blick um die nukleare Abschreckung überwinden zu helfen.

Eine Aktion der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. in Kooperation mit Die AnStifter – InterCulturelle Initiativen e.V.; Church and Peace e.V.; ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear weapons) Deutschland e.V.; Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzt\*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW); Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.; Ohne Rüstung Leben e.V. und dem Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen“

— —

#### **14. Lebenshaus: Aufruf: "Hiroshima und Nagasaki mahnen: Für eine Welt ohne atomare Massenvernichtungsmittel!"**

<https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/015164.html>

**Bitte um Unterstützung: AUFRUF für Zeitungsanzeigen:**

**"Hiroshima und Nagasaki mahnen: Für eine Welt ohne atomare Massenvernichtungsmittel!"**

**Die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki jähren sich im August 2024 zum 79. Mal.**

**Diese Jahrestage erinnern uns daran, dass sich solche Tragödien nicht wiederholen dürfen.**

Die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki jähren sich im August 2024 zum 79. Mal. Diese Jahrestage erinnern uns daran, dass sich solche Tragödien nicht wiederholen dürfen.

Seit Januar 2023 stehen die Zeiger der "Weltuntergangsuhr", welche die Gefährdung der Menschheit und des gesamten Planeten signalisiert, auf 90 Sekunden vor Mitternacht und damit so nahe am Abgrund, wie nie zuvor. Besorgniserregend ist auch eine erneute Debatte über eine deutsche oder europäische Atombewaffnung.

Die Vorstellung "begrenzter Atomkriege" ist unreal und höchst gefährlich. Und die am 10. Juli 2024 am Rande des NATO-Gipfeltreffens von Kanzler Scholz und US-Präsident Biden bekannt gegebene

Vereinbarung, ab 2026 weitreichende US-Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren, würde bei der Umsetzung eine brandgefährliche Situation entstehen und die Kriegsgefahr, auch die Gefahr eines Atomkriegs, erheblich wachsen lassen.

Als Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V. wollen wir mit Unterstützung von hoffentlich vielen Menschen und Organisationen aus nah und fern am 3. August einen Aufruf "Hiroshima und Nagasaki mahnen:

Für eine Welt ohne atomare Massenvernichtungsmittel!" im Reutlinger Generalanzeiger und evtl. in weiteren Zeitungen veröffentlichen (Text siehe unten oder hier zum Herunterladen ). Die Namen der unterstützenden Menschen bzw. Organisationen werden unter dem Aufruf aufgeführt. Dafür bitten wir Sie / euch um Unterstützung. Spenden Sie / spendet für die Anzeige mindestens 10 Euro als Einzelperson, 25 Euro als Organisation.

Bankverbindung:  
Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.  
GLS Bank  
IBAN DE36 4306 0967 8023 3348 00  
Verwendungszweck: Hiroshima-Nagasaki 2024

**Formlose Rückmeldungen für diese Anzeigenaktion benötigen wir bis spätestens Samstag, 27. Juli 2024 - 18 Uhr**

(möglichst bitte mit Namen und Anschrift per Mail an: [info@lebenshaus-alb.de](mailto:info@lebenshaus-alb.de) oder per Post an:

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Bubenhofenstr. 3, 72501 Gammertingen).

—

## **ANZEIGENTEXT**

### **Hiroshima und Nagasaki mahnen: Für eine Welt ohne atomare Massenvernichtungsmittel!**

Am 6. und 9. August 1945 zerstörten die USA mit zwei Atombomben die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Millionen Menschen sind bis heute an den Folgen dieser Abwürfe sowie der über 2.000 Atomtests gestorben oder leiden unter oft schweren chronischen Erkrankungen.

Seit Beginn des Atomzeitalters 1945 war die Gefahr eines Atomkrieges noch nie so hoch wie heute. Aktuell bedrohen uns weltweit 12.121 Atomwaffen, davon etwa 2.100 in höchster Alarmbereitschaft, Tendenz steigend. Die neun Atomwaffenstaaten rüsten weiter auf. Die Eskalation im Ukrainekrieg birgt die ständige Gefahr, dass sie in einem Atomkrieg enden kann.

Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen. Jede davon kann Millionen Menschen töten, radioaktiv verstrahlen und noch viele Generationen später Erbkrankheiten auslösen. Ein Atomkrieg würde das Ende unserer Zivilisation und eine Katastrophe für die Ökosysteme des Planeten bedeuten.

Stoppen wir den Irrsinn, der von diesen verheerenden Waffen ausgeht. Beenden wir die vermeintliche "Logik" der nuklearen Abschreckung. Es gibt keine Sicherheit mit nuklearen Massenvernichtungsmitteln.

Die größte Sicherheit für die Menschen in Europa konnte in den letzten Jahrzehnten durch Entspannungspolitik und Rüstungskontrolle erreicht werden! Die Menschheit braucht mehr denn je Dialog und Abrüstung!

Der im Januar 2021 in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen kann dazu beitragen. Inzwischen sind 70 Staaten dem Vertrag beigetreten. Deutschland fehlt bisher bei diesem historischen Abkommen.

Setzen wir uns auf dem Weg zu einer Welt frei von Atomwaffen ein für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland sowie der Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung!

Stellen wir uns jenen Politikerinnen und Politikern entgegen, die für die Europäische Union eigene Atomwaffen fordern, und machen wir uns stark für eine gesamteuropäische atomwaffenfreie Zone unter Einbindung Russlands!

Rufen wir dazu auf, dass es zu ernsthaften Abrüstungsgesprächen insbesondere zwischen den USA, Russland und der VR China kommt!

Wir verurteilen jede nukleare Drohung und rufen für die Hiroshima-Nagasaki-Gedenktage zwischen dem 6. und 9. August zu Aktionen auf, um an möglichst vielen Orten an die Atomwaffen-Opfer zu erinnern. Nehmen wir dabei kooperative Sicherheit durch eine Politik der Friedenslogik in den Blick, um die nukleare Abschreckung überwinden zu helfen.

-----

**15. Friedenskooperative: Alle Infos zum Hiroshima und Nagasaki Gedenktag am 6. und 9. August 2024**

<https://www.friedenskooperative.de/hiroshimntag2024>

**Alle Infos zum Hiroshima und Nagasaki Gedenktag am 6. und 9. August 2024**

Das Netzwerk Friedenskooperative stellt eine umfangreiche Übersicht zu den Aktivitäten rund um den 79. Hiroshima- & Nagasaki-Gedenktag zur Verfügung, die wir kontinuierlich erweitern.

(...)

----

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt  
Referent für Friedensfragen beim deutschen  
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

---

P.S. Nach einer Sommerpause melde ich mich wieder.

-----

Clemens Ronnefeldt  
Referent für Friedensfragen beim deutschen  
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes  
A.-v.-Humboldt-Weg 8a  
85354 Freising

Tel.: 08161-547015  
Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de  
[www.versoennungsbund.de](http://www.versoennungsbund.de)

Spendenkonto für die Arbeit des  
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt